



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657
Fax : (0221) 221-24141
E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 12.11.2010

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Kunst und Kultur vom 09.11.2010**

öffentlich

6 Allgemeine Vorlagen

**6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister ist der Auffassung, dass Bildung und kulturelle Auseinandersetzung, wirkliche Teilhabe und Integration grundsätzlich möglich sei und eine entscheidende Rolle spiele. Von daher bedauert sie es, dass die Kultur in der Vorlage eine relativ kleine Rolle spiele. Sie weist darauf hin, dass Maßnahmenkataloge erstellt werden und hält es für wünschenswert, wenn sich dazu die Kulturverwaltung stärker in die Debatte einbringen könnte. Zumal die Kunstszene international aufgestellt sei und somit das Kulturschaffende bereits zur Integration beitrage.

RM von Bülow begrüßt grundsätzlich das Konzept. Sie schließt sich der Kritik der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister an und bittet ergänzend darum, dass die Kulturverwaltung einen Abgleich mit dem Kulturentwicklungsplan beifügt und hieraus entsprechende Maßnahmen ableitet. Des Weiteren verweist sie auf Seite 55 des Konzeptes und fragt, wie das Förderkonzept „Akademie der Künste der Welt“ weiterentwickelt worden sei und ob dies noch in die Maßnahmen in die Weiterentwicklung des gesamten Konzeptes eingearbeitet werden.

RM Senol weist darauf hin, dass ihre Fragen zu diesem Thema aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 07.09.2011 bisher noch nicht beantwortet worden seien.

RM Dr. Elster stellt dar, dass sich die CDU-Fraktion im Wesentlichen den Ausführungen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschliese. Er kritisiert, dass das Konzept nicht konkret sei und nur wenige Handlungsempfehlungen und keine finanzielle Unterlegung enthalte. Von daher vertritt seine Fraktion die Meinung, für den Alternativvorschlag der Verwaltung zu votieren.

RM Uckermann bemerkt, dass die Fraktion pro Köln dem Integrationskonzept in der vorliegenden Form nicht zustimme.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass auch er sich eine stärkere Berücksichtigung der Kultur in dem vorliegenden Bericht gewünscht hätte. Man sei sehr wohl an dem Arbeitskreis beteiligt gewesen und habe ausführlich miteinander darüber gesprochen. Allerdings handele es sich um eine Vorlage, von Dezernat V, in der nicht alle Anregungen aus dem Arbeitskreis angenommen bzw. verdichtet worden seien. Er verweist auf eine Anmerkung auf Seite 55 des Konzeptes, in der auf die ausführliche Darstellung der Thematik im Quellenband „Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe 18“ hingewiesen wird. Er schlägt vor, den Fraktionen den Quellenband zur Verfügung zu stellen, da in dieser Arbeitsgruppe der Bereich Kultur vertreten gewesen sei. Möglicherweise könne man so viele Fragen beantworten und es reiche aus darauf hinzuweisen, dass man dies in diesem Sinne verstanden wissen wolle, wie es in dem Quellenband niedergeschrieben worden sei.

Er macht außerdem deutlich, dass er zu einer schlussgezeichneten Beschlussvorlage keine abweichende Stellungnahme des Kulturdezernates verfassen könne.

Zur „Akademie der Künste der Welt“ berichtet er, dass man zum Vorlauf einer möglichen und gewünschten Gründung der Akademie einen Forschungsauftrag an das Zentrum für Kulturforschung in Bonn erteilt habe. Dort werde das breite Kölner Kulturangebot umfassend analysiert und hinterfragt, insbesondere hinsichtlich der Frage, wie weit erreicht es ein Publikum mit Migrationshintergrund. Das Ergebnis werde Ende des Jahres vorgelegt und dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt. Nach dem Haushaltsbeschluss habe man im Grunde die Zusage des Ganzen und müsse stadintern die Organisation zur Gründung der „Akademie der Künste der Welt“ klären. Hierzu führe er entsprechende Gespräche mit dem Oberbürgermeister.

Abschließend weist er darauf hin, dass die gestellten Fragen der Fraktion Die Linke an das Dezernat für Soziales und Integration weitergeleitet worden seien.

RM Uckermann bittet darum, den Fraktionen den Quellenband vor der Ratssitzung zur Verfügung zu stellen, damit die Möglichkeit bestehe entsprechende Änderungsanträge zu stellen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „*Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft*“ als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zur Förderung der Integration (Interkulturelles Maßnahmenprogramm) zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen sowie die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sicher stellen,
2. Handlungsempfehlungen, die nur durch Dritte umgesetzt werden können, auf ihre Relevanz und Praktikabilität hin zu prüfen und an der konkreten Umsetzung im Rahmen des städtischen Handlungsspielraumes mitzuwirken,
3. bei der Fortschreibung und Weiterentwicklung des Maßnahmenprogramms zu-

künftig Kosten (Personalkosten und Sachmittel) der städtisch finanzierten Maßnahmen konkret zu benennen oder die einzelnen Maßnahmen zugrunde liegenden Zuschussbeträge zuzuordnen,

4. die Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms in zwei Jahren erneut vorzulegen und
5. dahingehend zu wirken, dass die Maßnahmen der nicht-städtischen Träger in aussagekräftiger Form bei der nächsten Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms ergänzend dargestellt werden können,
6. das vorliegende *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* und das darin enthaltene *Interkulturelle Maßnahmenprogramm* systematisch fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig zu aktualisieren,
7. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre - zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Die aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen konkret entwickelten Maßnahmen werden von der Verwaltung in Form von Einzelvorlagen den Fachausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Dabei werden Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.